Der sexuelle Missbrauch von Minderjährigen

Entwicklungen im kanonischen Recht zwischen 1983 und 2020

Myriam Wijlens

I. Erfahrungen prägen die Sicht

Erfahrungen prägen die Sicht auf Sachverhalte und auf das Reflektieren. Das Thema des sexuellen Missbrauches von Minderjährigen in der katholischen Kirche begegnet mir seit nunmehr fast 35 Jahren: zuerst als Kommilitonin, später als Beauftragte für die Durchführung kirchenrechtlicher Strafvoruntersuchungen und immer wieder als Wissenschaftlerin. Im Denken und Schreiben über das Thema ist es mir wichtig darzulegen, welche Erfahrungen in diesen drei verschiedenen Bereichen meine Sicht und meine Herangehensweise prägen.¹

I.1 Die Kommilitonin

Zuerst wurde ich mit dem Thema als Kommilitonin und Kollegin konfrontiert. Als ich zwischen 1986 und 1990 in Ottawa (Kanada) Kirchenrecht studierte, wurden erste Meldungen über sexuellen Missbrauch in einem Kinderheim an der Ostküste Kanadas öffentlich. Der Skandal war so groß, dass der Ortsbischof, der trotz ihm vorliegender Informationen über den Missbrauch nichts unternommen hatte, zurücktreten musste. In der Vorlesung sprach ein Professor von der Notwendigkeit, so etwas wie Leitlinien zu entwickeln, aus denen hervorgehen könnte, wie ein Bischof auf Hinweise von Missbrauch reagieren soll. In der Folge wurden hier die vermutlich weltweit ersten Leitlinien zum Umgang mit sexuellem Missbrauch entwickelt. Der Professor lud einige wenige Studierende ein, mit ihm nachzudenken und ich gehörte als einzige Frau dazu. Mich zu beteiligen schien mir nicht viel Sinn zu machen,

¹ Die vorliegende Studie geht auf einen Vortrag zurück, der im Rahmen der Tagung der Kommission für Zeitgeschichte „Katholische Dunkelräume: Die Kirche und der sexuelle Missbrauch“ am 8. Oktober 2020 gehalten wurde. Teil drei dieser Studie („Gesetzesänderungen im Einzelnen“) wurde leicht geändert bereits im Rahmen eines Vortrages in der Vorlesungsreihe „Vulnerabilität des Humanen“ an der Universität Erfurt am 7. Juli 2020 gehalten und als zweiter Teil des Aufsatzes „Die vulnerable Person. Sexueller Missbrauch in der katholischen Kirche“, in: Thomas Bahne (Hrsg.), *Vulnerabilität des Humanen. Das Phänomen sexualisierter Gewalt an Minderjährigen im interdisziplinären Diskurs*. Regensburg 2021, 104–117, veröffentlicht.

da damals das kanonische Recht bestimmte, dass, wenn der gute Ruf eines Priesters beeinträchtigt werden könnte, nur Priester in das Verfahren involviert sein dürften (vgl. z.B. c. 483 §2 CIC). Der Professor erwiderte jedoch sinn gemäß: Es handelt sich nicht nur um Missbrauch durch Kleriker, sondern auch um ein Versagen der Leitung. Damit ist das Vertrauen in die kirchliche Leitung vonseiten der Opfer, der anderen Gläubigen wie auch der gesamten Gesellschaft tangiert. Will die Kirche das Vertrauen bei Opfern und bei den anderen Menschen wiederherstellen, so wird sie Hilfe und Unterstützung von Frauen annehmen müssen, sonst wird der Eindruck bestehen, „die machen das eh unter sich aus“. Also nahm ich die Einladung an, mitzudenken. Seine Ansicht über die Beteiligung von Nichtklerikern bzw. Frauen stellt sich bis heute als eine kluge Einsicht dar, die leider noch immer nicht bei allen Kirchenleitungen angekommen ist.

Etwa ein Jahr später kehrten zahlreiche Kommilitonen, fast alle Priester, nach Abschluss ihres Studiums in ihre Heimatdiözesen in mehr als 27 Länder der Welt zurück. Ein Priester aus Australien wurde mehr oder weniger von der Polizei erwartet. Es stellte sich heraus, dass er ein schwerer Sexualstraftäter war, der bald darauf zu einer Freiheitsstrafe von mehreren Jahren verurteilt wurde. Mir wurde schlagartig klar, dass ich zwei Jahre neben einem Sexualstraftäter in der Vorlesung gesessen hatte. Er hatte kluge Bemerkungen zu den Leitlinien, die entwickelt wurden, gemacht. Nicht nur ich, sondern auch die anderen Kommilitonen und die Professoren hatten nichts bemerkt oder geahnt. Das Kirchenrechtsstudium: ein Ort, an dem Sexualstraftäter vorübergehend geparkt werden?

Einige Jahre später nahm ich an einer Tagung des Kirchenrechtsvereins von Großbritannien und Irland teil. Der Vorsitzende, ein sehr angesehener Kanonist aus Irland, organisierte ein Seminar zum Umgang mit Meldungen bei Missbrauchsfällen. Er leitete es hervorragend. Wenig später wurde auch er angeklagt und zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Als wir ihn zum Vorsitzenden gewählt hatten, hatten wir nichts geahnt. Er schien so „normal“.

Im Laufe der Zeit musste ich dann tatsächlich feststellen, dass manche Priester, die Kinder missbraucht haben, zum Kirchenrechtsstudium geschickt wurden, um anschließend als Richter oder sogar als Official das kirchliche Gericht zu leiten. Vermutlich entschieden (und entscheiden) Bischöfe sich für diese „Lösung“ in der Annahme, das Officialat wäre – neben dem Archiv – ein Ort, an dem keine Minderjährigen sind. Kirchliche Gerichtshöfe, die selbst Sexualstraftäter als Richter, ja manchmal sogar als Official haben und die dann wiederum über die Ehen von Menschen und somit über deren volle Beteiligung am sakramentalen Leben sowie die Fortführung ihres Arbeitsvertrages in der Kirche entscheiden, das gab und gibt doch sehr zu denken.

Dies umso mehr, wenn man bedenkt, dass die Kanonisten, die am Offizialat tätig sind, in der Regel auch mit Strafverfahren, sei es als Richter, Kirchenanwalt oder Anwalt des Beschuldigten, wenn auch in anderen Bistümern, betraut werden.

Gelernt habe ich, dass ich nicht erkennen kann, ob bestimmte Kleriker Sexualstraftäter sind und dass ich nicht so naiv sein darf zu glauben, sie befinden sich „irgendwo da draußen“. Mir ist bewusst, dass ich davon ausgehen muss, dass sie „hier drinnen“, ja „mitten unter uns“ sind. Deswegen gilt für mich bei Vorträgen zum Thema „sexueller Missbrauch von Minderjährigen in der Kirche“ auch die möglicherweise anwesenden Täter als Zuhörer im Blick zu haben.²

1.2 *Die Beauftragte für kirchenrechtliche Voruntersuchungen*

Eine andere Erfahrung, die meine Sicht auf die Dinge nachhaltig prägte, geht auf meine Tätigkeit im Auftrag von Bischöfen oder Ordensoberen zurück, sogenannte strafrechtliche kirchliche Voruntersuchungen (gem. c. 1717 CIC) durchzuführen, in denen Erkundigungen über den Tatbestand, die näheren Umstände und die strafrechtliche Zurechenbarkeit eingezogen werden. Diese Untersuchungen erfordern neben Anhörungen von Opfern und Beschuldigten auch, die vorhandenen Akten in den Bistümern zu sichten. Somit erhielt ich schon sehr früh Kenntnisse über den Umgang der Kirchenleitungen mit Beschuldigungen von sexuellem Missbrauch von Minderjährigen sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart. Ich lernte das Vorgehen und die Überlegungen von Bistumsleitungen in derartigen Krisensituationen kennen.

Zu den in dieser Zeit gesammelten Erfahrungen gehören weiterhin Meldungen von Priestern und Ordensangehörigen, die während der Ausbildung im Priesterseminar oder in Ordenshäusern von Priestern oder anderen Ordensmitgliedern missbraucht wurden. Opfer haben es schwer, gehört zu werden. Besonders wenn der Täter aus der eigenen Gruppe kommt, scheint es fast unmöglich, sich Gehör zu verschaffen. Die Anfeindungen, die diese Opfer von ihren „Mitbrüdern“ erleben, wenn sie einen Missbrauch melden, sind

2 Die Vorstellung, dass man andere Personen, ob Seminaristen, Priester, Bischöfe, Täter oder Personen in Leitungspositionen, die verantwortlich handeln müssten, kennt und einschätzen kann, ist naiv. Auch Kirchenleitungen sollten sich bewusst werden, dass ihre Fähigkeit, andere Menschen einzuschätzen, fehlerhaft ist. Gläubige sollten sich ebenso bewusst werden, dass trotz der Weihe die Kirchenleitungen in ihrer Urteilsfindung Fehler machen können. In dieser Hinsicht ist die Bedeutung, die einem sogenannten pfarramtlichen Zeugnis oder einer Empfehlung durch einen Bischof sozusagen von Amts wegen beigemessen wird, neu zu reflektieren.

manchmal enorm. Strukturen zum Umgang mit dieser Problematik müssen noch entwickelt werden.³

Die Tätigkeit in der Voruntersuchung machte auch klar, wie das Kirchenrecht vor allem von denjenigen missachtet wurde, die Leitungsfunktionen und somit Verantwortung innehaben. Als Kirchenrechtlerin wage ich zu behaupten, dass nicht das Recht das eigentliche Problem ist. Die entscheidende Frage lautet vielmehr, ob Kirchenleitungen sich an das eigene Recht halten bzw. warum sie glauben, dies nicht tun zu müssen. Das, so muss ich leider feststellen, ist auch heute – Anfang der 2020er Jahre – weiterhin eine Herausforderung. Diese Frage ist deswegen von so großer Bedeutung, weil sexueller Missbrauch vermutlich nie vollständig verhindert werden kann. Nachdem Missbrauch einmal bekannt wurde, ist eine Wiederholung jedoch mit aller Entschiedenheit zu verhindern. Das Einhalten von Rechtsvorschriften würde dazu beitragen.

1.3 *Die Wissenschaftlerin*

Die dritte Ebene, die meine Sicht prägt, ist verbunden mit der Wissenschaft. Nachdem ich Ende der 1980er Jahre erleben durfte, wie die ersten Leitlinien in Kanada verfasst wurden, war ich in diesem Bereich seit den 1990er Jahren auch in anderen Ländern involviert. Die Tätigkeit erforderte es, die verschiedenen staatlichen Regelungen sowie die komplexe Interaktion von kirchlichem und staatlichem Recht in diesem Bereich zu reflektieren. Ebenso war ich in zwei verschiedenen Ländern Europas, einmal für eine Bundesstaatsanwaltschaft und einmal für eine angeklagte Partei, als Expertin in einer Schadensersatzklage wegen fahrlässigem Handeln durch Kirchenleitungen in staatlichen Gerichtsverfahren tätig.

Diese Verfahren führten dazu, das Kirchenrecht aus der Perspektive des fahrlässigen Handelns durch Leitungspersonen in der Kirche und die Implikationen für die Rechtsperson, die sie vertreten, zu reflektieren. Während in manchen Staaten dies bereits zu heftigen Auseinandersetzungen und Schadenersatzansprüchen geführt hat, ist dies in Deutschland noch nicht der Fall.

Meine 2018 erfolgte Ernennung zum Mitglied der Päpstlichen Kommission für den Schutz von Minderjährigen durch Papst Franziskus hat dazu geführt, die Thematik nicht nur aus der Sicht der Opfer und der Ortskirchen, sondern auch aus der Sicht der Gesamtkirche zu betrachten.⁴ Hier wird dann vor allem

3 Diese Thematik wird auch angesprochen in *Myriam Wijlens*, *Die Finsternis aufbrechen: Kirchenrechtliche Überlegungen zum Geistlichen Missbrauch für kirchliches Leitungspersonal*, in: Gerhard Hörting (Hrsg.), *Grauzonen in Kirche und Gesellschaft: Geistiger Missbrauch*. Wien 2021, 121–144.

4 Zu den Aufgaben, Projekten sowie Mitgliedern der Päpstlichen Kommission für den Schutz von Minderjährigen siehe www.tutelaminorum.org.

die Herausforderung für den Apostolischen Stuhl spürbar, wenn er, um den Schutz von Minderjährigen besser zu fördern und zu gewährleisten, die Interaktion von kirchlichen und staatlichen Gesetzen, die verschiedenen Kulturen und die Ungleichzeitigkeit zwischen den Ortskirchen weltweit berücksichtigen muss.

II. Zur Rechtsentwicklung als Reaktion auf neue Erkenntnisse

Ein Rückblick auf die vergangenen dreißig Jahre zeigt vor allem mit Blick auf das Recht Folgendes:

Erstens: Die Kenntnisse über den sexuellen Missbrauch von Minderjährigen sowie das Problembewusstsein dafür entwickeln sich innerhalb der Kirche ständig und ziehen immer wieder Änderungen der kirchlichen Gesetze nach sich. Zu bemerken ist, dass die Rechtsmaßnahmen in der Regel als ein Reagieren auf Erkenntnisse und nicht als ein Agieren einzustufen sind.⁵ Als sich herausstellte, dass die Leitungen in den Ortskirchen von sich aus nicht in der Lage waren, verantwortlich zu handeln, wurde dieses Delikt ab 2001 dem Heiligen Stuhl vorbehalten.⁶ Als klar wurde, dass das Schutzalter der Minderjährigen in Verbindung mit dem Delikt zu niedrig war, wurde es von der Vollendung des 16. auf das 18. Lebensjahr angehoben. Ebenfalls wurde Besitz und Verbreitung von Kinder- und Jugendpornographie mit in den Katalog der reservierten Delikte aufgenommen. Als die Einsicht kam, dass die Verjährungsfristen viel zu kurz waren, wurden diese erst von fünf auf zehn und später auf zwanzig Jahre angehoben. Zudem wurde die Möglichkeit geschaffen, auf Antrag die Verjährung aufzuheben. Erkennbar wird, dass das Recht immer wieder vor dem Hintergrund neuer Einsichten geändert wird. Es ist bemerkenswert, dass der Heilige Stuhl inzwischen selbst davon ausgeht, dass auch in Zukunft weitere

⁵ Man könnte das im Rahmen des Rechtsprinzips *ius sequitur vita* werten.

⁶ Ekklesiologisch gesehen ist dies vor dem Hintergrund, dass das II. Vatikanum die Position des Diözesanbischofs aufgewertet hat, bemerkenswert, denn die theologische Aufwertung führte dazu, dass der Bischof auf der rechtlichen Ebene alle Vollmachten innehat, die er braucht, um sein Amt auszuüben bzw. seiner Verantwortung gerecht zu werden. Ersichtlich wurde, dass bis heute Diözesanbischofe nicht oder nur unzureichend ihrer Verantwortung im Bereich des sexuellen Missbrauchs von sich ausgerecht werden. Obwohl die Vollmacht und die Verantwortung des Bischofs nicht auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips begründet wird, sondern aufgrund seiner Weihe und Amtsübertragung, muss dennoch vor dem Hintergrund des Subsidiaritätsprinzips festgehalten werden, dass, wenn die untere Ebene ihrer Aufgabe nicht gerecht wird, die höhere zum Wohl der Menschen die Angelegenheit an sich ziehen muss. Genau das ist geschehen, als 2001 verfügt wurde, nur der Apostolische Stuhl sei noch befugt, bei Beschuldigungen, die diese Delikte betreffen, zu entscheiden.

Änderungen aufgrund von vertieften Kenntnissen erforderlich sein werden, denn sein jüngstes Dokument, ein Handbuch zum Umgang mit Missbrauch („Vademecum“), wurde 2020 bewusst als Version 1.0 präsentiert.⁷

Die Rechtsmaßnahmen, die in der Regel vom Heiligen Stuhl verabschiedet werden, müssen oftmals anschließend in den Ortskirchen näher konkretisiert bzw. umgesetzt werden. Manche Ortskirchen stufen die angeordneten Änderungen als „übertrieben“ ein und zwar vermutlich, weil sie selbst in ihrem Erkenntnisprozess der Komplexität des Missbrauches und der damit zusammenhängenden prozessrechtlichen Fragen noch nicht so weit sind. Andere kritisieren, dass die Vorgaben zu spät kommen, da sie ihrem Empfinden nach ohne adäquate Regelungen auf neue Herausforderungen reagieren mussten. Die Gründe für diese so verschiedene Rezeption liegen möglicherweise einerseits in der Ungleichzeitigkeit, in der sich die Ortskirchen mit Blick auf den Umgang mit Missbrauch zueinander befinden, und andererseits in den doch sehr verschiedenen Kontexten, in der die Kirche agiert.

Obwohl der schmerzhafteste Prozess, sich einzugestehen, dass es sexuellen Missbrauch gibt und dass Leitungen ernsthaft versagt haben, vom Ablauf her in vielen Ländern sehr ähnlich verläuft – was übrigens die Frage nach sich zieht, warum die Ortskirchen sich so schwertun, voneinander zu lernen – ist zugleich mit Blick auf die Weltkirche festzustellen, dass der Prozess sehr ungleichzeitig beginnt. Während in Kanada, den USA, Australien und Irland die Thematik bereits vor mehr als 30 Jahren in den Blick genommen wurde, kam der Prozess z.B. in Deutschland erst 2010 zum Teil und dann 2018 durch die MHG-Studie richtig in Bewegung. Andere Kirchen, etwa in Polen, befassen sich erst in jüngster Zeit mit der Problematik.⁸

7 Vademecum zu einigen Fragen in den Verfahren zur Behandlung von Fällen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger durch Kleriker, 16.7.2020 (Version 1.0), einzusehen unter http://www.vatican.va/roman_curia/congregations/cfaith/documents/rc_con_cfaith_doc_20200716_vademecum-casi-abuso_ge.html, zuletzt aufgerufen am 31.1.2021.

8 Als 2001 der Heilige Stuhl Normen veröffentlichte und Bischofskonferenzen aufgefordert wurden, Leitlinien zu erstellen, war auch von Seiten der Kirche in Deutschland die Reaktion zunächst, das Problem stelle sich hierzulande nicht. Wer es hören wollte, konnte dann ab 2010 feststellen, dass es sehr wohl ein Problem gab. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Kirche als Gemeinschaft sich der Thematik erst nach Veröffentlichung der MHG-Studie im Jahr 2018 stellte (<https://www.zi-mannheim.de/forschung/forschungsverbuende/mhg-studie-sexueller-missbrauch.html>). Bis dahin blieben auch die Lehrenden in der Theologie im deutschen Sprachraum sehr leise. Wer den weltweiten Blick hat, fragt sich, warum alle solange gebraucht haben. Und auch jetzt (Oktober 2020) ist bemerkenswert, dass man sich in Deutschland weiterhin vor allem mit dem sexuellen Missbrauch selbst befasst und erst langsam das Versagen der Kirchenleitungen in den Blick genommen wird, kam es doch bereits 2002 in Boston, 2018 in einer größeren Anzahl von Bistümern in Chile und 2020 in Lyon zum Rücktritt der amtierenden Diözesanbischöfe wegen ihres Umgangs mit dem

Die große Ungleichzeitigkeit zeigt sich sowohl im gesellschaftlichen wie auch im kirchlichen Umgang mit Meldungen von Missbrauch. Es ist vielfach nicht nur die Kirche, die sich mit der Thematik schwertut, sondern die ganze Gesellschaft. Erst wenn eine Gesellschaft bereit ist, sich mit dem Thema zu befassen – hier kommt vor allem den Medien eine wichtige Rolle zu – folgt auch die Kirche, allerdings erfolgt jeder Schritt in der Regel widerwillig.⁹

Neben der Ungleichzeitigkeit ist jedoch auch festzuhalten, dass es große Differenzen in den strafrechtlichen Bestimmungen in verschiedenen Staaten gibt. Nicht nur sind die Delikte verschieden, sondern auch im Prozessrecht gibt es gravierende Unterschiede. Manche Länder kennen in Bezug auf sexuellen Missbrauch von Minderjährigen überhaupt keine Verjährung, während diese Frist in anderen Jurisdiktionen relativ kurz ist oder erst in jüngster Zeit verlängert wurde.

In manchen Staaten gibt es keine Meldepflicht, während in anderen dies nur für bestimmte Personengruppen oder sogar für alle gilt. Bemerkenswert ist allerdings, dass die Kirche in manchen Ländern für sich beansprucht, „schon ganz weit vorne in der Aufarbeitung zu sein“, ohne zu wissen, wo die Kirche in anderen Ländern tatsächlich steht. Einen Austausch unter z.B. verschiedenen Bischofskonferenzen scheint es kaum zu geben.

Trotz der Ungleichzeitigkeit verläuft der Prozess an und für sich oftmals nach dem folgenden Muster: In vielen Ländern wird zuerst behauptet, es

Missbrauch. Darüber hinaus hat der Papst bereits 2016 mittels des *Motu proprio* „Come una madre amorevole“ Normen zum Fehlverhalten von Kirchenleitungen in der Ausübung ihrer Verantwortung promulgiert, einzusehen unter http://www.vatican.va/content/francesco/it/apost_letters/documents/papa-francesco_lettera-ap_20160604_come-una-madre-amorevole.html, zuletzt aufgerufen am 18.4.2021. Bemerkenswerterweise sind diese Normen bis heute auf der Website der Deutschen Bischofskonferenz nicht veröffentlicht worden (Stand: 6.3.2021).

- 9 Anfangs wird die Presse von Kirchenleitungen und Gläubigen oftmals beschuldigt, falsche Berichte zu veröffentlichen, zu übertreiben und/oder die Kirche sogar zu verfolgen. Wie schwierig es für viele ist, die Realität anzunehmen, wird in einer Aussage von Papst Benedikt XVI. ersichtlich. Er sagte zwar, dass die Presse sicherlich nicht nur aus einem aufrichtigen Wunsch, die Wahrheit offenzulegen, berichtet habe, betonte dann aber: „Nichtsdestotrotz war jedoch eines immer klar: Insofern es die Wahrheit ist, müssen wir dankbar sein für jede Offenbarung. Die Wahrheit, verbunden mit richtig verstandener Liebe, ist das höchste Gut. Schließlich hätten die Medien nicht auf diese Weise berichten können, wenn es in der Kirche selbst nicht Böses gegeben hätte. Nur weil es in der Kirche Böses gab, konnte es von anderen gegen sie ausgespielt werden.“ *Benedict XVI, Light of the World: The Pope, the Church, and the Signs of the Times – A Conversation with Peter Seewald*. San Francisco 2010, 27 (Übersetzung MW).

Fast nur unter Druck der Öffentlichkeit kommt es zu Eingeständnissen und wiederum später, nachdem – erneut unter Druck der Öffentlichkeit – sog. unabhängige Untersuchungen in Auftrag gegeben wurden, kommt die Einsicht, es handelt sich um systemische Probleme.

handele sich nur um Einzelfälle von sexuellem Missbrauch bzw. um einzelne Kleriker, die vereinzelt missbraucht haben. Hierauf folgt die Erkenntnis, dass die Mehrheit der Täter mehrere Minderjährige missbraucht hat und dass es nicht nur einzelne, sondern eine ganze Reihe von Tätern gibt. Darauf folgt die Feststellung, dass trotz vorhandener Kenntnisse über Missbrauch die Bis­tumsleitung diese Kleriker immer wieder versetzt hat. Mit diesem Prozess geht parallel die Erkenntnis einher: Es sind nicht nur Einzelfälle, in denen Verantwortliche nicht richtig gehandelt haben, sondern fast alle haben versagt, die in Leitungspositionen waren. Das Versagen ist nicht primär auf das Kirchenrecht zurückzuführen, sondern dieses Recht wurde von den Kirchenleitungen vielfach schlichtweg ignoriert. Statt das Recht zu beachten, wurde dem Kleriker gut „zugeredet“ und er wurde „versetzt“.

Der nächste Schritt im Prozess ist die Erkenntnis, dass es sich um ein systemisches Problem handelt. Damit verbundene Themen sind Amts- und Machtmissbrauch, welche ab 2016 in Regelungen mit disziplinarrechtlichen Konsequenzen thematisiert werden. Seit einigen Jahren kommt vermehrt die Erkenntnis dazu, dass auch Bischöfe entweder als Priester vor ihrer Weihe zum Bischof und/oder als Bischof (Kardinal) Minderjährige oder auch z.B. Seminaristen bzw. – oft jüngere – Priester sexuell missbraucht haben. Dies wirft einerseits Fragen mit Blick auf mögliche systemische Fehler im Ernennungsverfahren von Bischöfen auf, und andererseits wird klar, dass Verfahren und Anlaufstellen zur Meldung von Missbrauch durch Bischöfe in den Ortskirchen spezieller Regelungen und einer Organisation bedürfen.¹⁰

III. Gesetzesänderungen im Einzelnen

Im Folgenden werden die relevanten Gesetzesänderungen in einer Art Überblick präsentiert. Dabei gilt zu bedenken, dass immer nur das Strafrecht angewandt werden darf, welches zum Zeitpunkt der vermeintlichen Handlung in Kraft war. Zudem gilt es, in der Anwendung des Strafrechts dem

¹⁰ Gemäß dem 2019 vom Papst verabschiedeten *Motu Proprio* „Vos Estis Lux Mundi“ sind Bischofskonferenzen gehalten, Möglichkeiten vorzusehen, wie Fehlverhalten durch Bischöfen gemeldet werden kann, einzusehen unter http://www.vatican.va/content/francesco/de/motu_proprio/documents/papa-francesco-motu-proprio-20190507_vos-estis-lux-mundi.html, zuletzt aufgerufen am 31.1.2021. Auch dies ist bis dato in Deutschland noch nicht geschehen (Stand: 6.3.2021). In den USA dagegen gibt es die Website <https://reportbishopabuse.org>. Nach Eingabe einer Meldung erhält man dort eine Nummer und kann immer wieder im System nachprüfen, wie der Stand der Bearbeitung ist.

allgemeinen Rechtsprinzip von Bonifatius VIII. zu folgen: *In poenis benignior est interpretatio facienda* (Beim Strafen ist die [für den Beschuldigten oder Täter] günstigere Interpretation vorzunehmen). Diese Regelung gab es noch in Canon (c) 2219 §1 des Codex Iuris Canonici (CIC) von 1917.¹¹ Die Bestimmung bezieht sich sowohl auf die Bedeutung des Deliktes als auch auf die zu verhängende Strafe. Ebenfalls gilt gemäß c. 1313 CIC/1983: „§1. Wird nach dem Begehen einer Straftat ein Gesetz geändert, so ist das für den Täter günstigere Gesetz anzuwenden. § 2. Setzt ein später erlassenes Gesetz ein Gesetz oder wenigstens eine Strafe außer Kraft, so entfällt diese sofort.“ Die Regeln sind zu berücksichtigen, wenn die Handlungen der Kirchenleitungen in Reaktion auf gemeldete Straftaten in der Rückschau bewertet werden, da sie an diese Regeln gebunden waren.

Anzumerken ist weiterhin, dass die katholische Kirche aus der lateinischen Kirche sowie 23 autonomen orientalischen Kirchen besteht. Für die lateinische Kirche galt bis zum 26. November 1983 der CIC, welcher 1917 promulgiert worden war. Seit dem 27. November 1983 ist der erneuerte Codex Iuris Canonici in Kraft.

Für die orientalischen Kirchen, die in voller Gemeinschaft mit dem Bischof von Rom stehen, ist das Gesetzbuch Codex Canonum Ecclesiarum Orientalium (CCEO), welches am 18. Oktober 1990 promulgiert wurde, normierend. Im Folgenden wird die Entwicklung der Gesetzgebung für die lateinische Kirche dargelegt. Es werden verschiedene Phasen besprochen: 1983–2000; 2001–2009; 2010–2016 und 2017–2020.

III.1 Die Gesetze von 1983–2000

Der Codex von 1983 kennt als relevantes Delikt c. 1395 § 2 CIC: „Ein Kleriker, der sich [...] gegen das sechste Gebot des Dekalogs verfehlt hat, [...] wenn er die Straftat [...] an einem *Minderjährigen unter sechzehn Jahren* begangen hat“.¹² Das sechste Gebot des Dekalogs verbietet nach der Tradition der Lateinischen Kirche sexuelle Beziehungen, die außerhalb der Ehe stattfinden. Während im Bereich des staatlichen Rechts sexueller Missbrauch in der Regel aus der Perspektive des Selbstbestimmungsrechts gedacht wird und im zugehörigen

11 Gratian verwies in De poen. D.1 c. 18 auf die Römische Digesta 48.19.42, welche besagt: *penae legum interpretatione molliendae sunt potius, quam exasperandae* (durch die Interpretation von Gesetzen müssen Strafen eher gemildert als verschärft werden). Auch die Rechtsregel von Bonifatius VIII. Nr. 15 ist im Strafrecht zu beachten: *Odia restringi, et favores convenit ampliari* (Es ist richtig, Nachteiliges eng begrenzt und Günstiges weit aufzufassen). Vgl. Ruud Husymans, Kerkelijk Strafrecht: Sancties in de Kerk. Leuven 2005, 114.

12 Der Codex von 1983 bestimmt, dass der Begriff „Kleriker“ auf einen Diakon (ob verheiratet oder nicht), einen Priester oder Bischof verweist.

Strafrecht verschiedene weitere Bestimmungen normiert werden, wie z.B. das Anfassen von Geschlechtsteilen oder das Eindringen in den Körper, kennt das Kirchenrecht auf der Ebene der Gesetzgebung bislang keine solche Differenzierung. Entscheidend und objektives Kriterium war im CIC 1983 nur das Schutzalter, das mit der Vollendung des sechzehnten Lebensjahres zu Ende ging. In der Rechtsprechung musste und muss dann zwischen den verschiedenen Handlungen differenziert werden. Da die Rechtsprechung jedoch nicht veröffentlicht wird, stellt dies ein Problem dar.¹³

Ein weiteres Delikt betrifft sexuelle Handlungen, die in Verbindung mit der Beichte vorgenommen werden. Im Rahmen des sexuellen Missbrauches wurde schon nach wenigen Jahren ersichtlich, dass Kleriker, wenn sie die Beichte von Kindern oder Jugendlichen hören, manchmal gezielt Kenntnisse über deren seelischen Zustand erwerben und diese Kenntnisse zur Kontaktaufnahme außerhalb des Beichtstuhles nutzen, um mit ihnen sexuelle Kontakte aufzunehmen. Die Beichte wird als Gelegenheit zum „Grooming“ genutzt. Gemäß dem Kirchenrecht ist eine versuchte sexuelle Beziehung, die sich aus der Beichte heraus ergibt, ein eigenes Delikt, welches als „solicitatio“ bezeichnet wird. Das Delikt besteht darin, dass „ein Priester [*sacerdos*, d.h. Priester und Bischof], [...] bei der Spendung des Bußsakramentes oder bei Gelegenheit oder unter dem Vorwand der Beichte einen Pönitenten zu einer Sünde gegen das sechste Gebot des Dekalogs zu verführen versucht“ (vgl. c. 1387 CIC).¹⁴ Da im staatlichen Strafverfahren bezüglich Sexualstraftaten die Beichte keine eigene strafrechtliche Relevanz hat, nehmen die staatlichen Ermittlungen diesen Kontext auch nicht eigens ins Visier.

Neben den relevanten Delikten gilt es auf die Verjährung zu schauen. Der Codex von 1983 hat festgelegt, dass die Strafkategorie für den sexuellen Missbrauch – genannt in c. 1395 CIC – nach fünf Jahren verjährt und dass

13 Für die Päpstliche Kommission für den Schutz von Minderjährigen habe ich als Co-Moderatorin der Arbeitsgruppe „Leitlinien und Normen“ 2019 ein Seminar in Rom veranstaltet, welches auch die Problematik des Zugangs zu Informationen und zur Jurisprudenz thematisierte. Neun Vorträge des Seminars wurden in *Periodica* veröffentlicht. Für die Einführung in die Thematik siehe *Myriam Wijlens/Neville Owen*, Introduction to Promoting and Protecting the Dignity of Persons in Allegations of Abuse of Minors and Vulnerable Adults: Balancing Confidentiality, Transparency and Accountability. A Seminar organized by the Pontifical Commission for the Protection of Minors, in: *Periodica* 109(3/4), 2020, 403–415, einzusehen unter <https://www.iuscangreg.it/seminario-tutela-minori>, zuletzt aufgerufen am 7.3.2021.

14 *Robert P. Deeley*, Das Bußsakrament als Kontaktaufnahme für den sexuellen Missbrauch, in: Wunibald Müller/Myriam Wijlens (Hrsg.), *Ans Licht gebracht: Weiterführende Fakten und Konsequenzen des sexuellen Missbrauchs für Kirche und Gesellschaft*. Münsterschwarzach 2011, 59–79.

die Verjährungsfrist mit dem Tag begann, an dem die Straftat begangen wurde oder, wenn sie fortdauernd sein sollte, mit dem Tag, an dem die Handlung aufgehört hat (c. 1362 CIC). Dies bedeutete in der Praxis, dass wenn z.B. ein 11-jähriges Kind sexuell missbraucht wurde, die Straftat bereits verjährt war, als dieses 16 Jahre alt wurde.

III.2 *Gesetzesänderungen 2001–2009*

Mitte der 1990er Jahre wurde der damalige Kardinal von Wien des Missbrauches von Minderjährigen beschuldigt. Er musste als Vorsitzender der Bischofskonferenz von Österreich zurücktreten. Bald wurde sein Rücktritt als Erzbischof aus Altersgründen angenommen. Er blieb allerdings Bischof und Kardinal. Nachdem in den 1990er Jahren umfangreiche Meldungen von sexuellem Missbrauch vor allem in Kanada, Irland und den USA bekannt geworden waren und bereits 1994 für die USA ein Partikulargesetz in Kraft trat, welches die Altersgrenze bei Minderjährigen von der Vollendung des 16. auf das 18. Lebensjahr angehoben hatte, folgte für die Gesamtkirche eine umfassende Gesetzesänderung mittels des Apostolischen Schreibens „Sacramentorum sanctitatis tutela“ (SST) vom 30. April 2001¹⁵ sowie des Schreibens des Präfekten der Glaubenskongregation (CDF) „De delictis gravioribus“ vom 18. Mai 2001.¹⁶

Die Gesetzesänderungen waren umfassend und betrafen eine Erweiterung des Deliktes selbst, eine Verlängerung der Verjährungsfrist sowie eine Veränderung der Zuständigkeit für die Strafverfahren.

Das Delikt, welches einen Verstoß gegen das sechste Gebot durch einen Kleriker beinhaltet, wurde erweitert, indem die Grenze des Schutzalters von Vollendung des 16. auf das 18. Lebensjahr angehoben wurde. Die Verjährungsfrist wurde von fünf auf zehn Jahre verlängert. Zudem wurde, was sehr entscheidend war, als Zeitpunkt des Beginns der Verjährungsfrist nicht mehr der Tag der letzten Handlung festgelegt, sondern der Tag der Vollendung des 18. Lebensjahres des Opfers. In der Praxis bedeutete dies, dass das 11-jährige Kind, welches missbraucht worden war, nicht mehr nur bis zu seinem 16. Lebensjahr eine Anzeige erstatten konnte, sondern bis zu seinem 28. Lebensjahr.

Auch im kirchlichen Strafrecht gilt allerdings, dass die Änderung der Verjährung nicht rückwirkend gilt. Konkret bedeutet dies, dass die Anhebung der Verjährungsfristen nur für Straftaten wirksam wurde, die nach 2001 begangen

15 Einzusehen unter http://www.vatican.va/content/john-paul-ii/la/motu_proprio/documents/hf_jp-ii_motu-proprio_20020110_sacramentorum-sanctitatis-tutela.html, zuletzt aufgerufen am 31.1.2021.

16 Einzusehen unter http://www.vatican.va/roman_curia/congregations/cfaith/documents/rc_con_cfaith_doc_20010518_epistula_graviora%20delicta_lt.html, zuletzt aufgerufen am 31.1.2021.

wurden. Wissend um diese in der Praxis schwierige Angelegenheit, vor allem in gravierenden Fällen von sexuellem Missbrauch, wurde daher ebenfalls verfügt, dass die Glaubenskongregation auf Antrag die Verjährung aufheben kann. Den Antrag kann etwa ein Diözesanbischof stellen, aber er ist nicht dazu verpflichtet.¹⁷

Eine weitere, äußerste gravierende Entscheidung war die, dass der Diözesanbischof und der Höhere Obere nicht mehr selbst entscheiden können, ob bzw. wie sie aufgrund der Ergebnisse der strafrechtlichen Voruntersuchung weiter verfahren (c. 1720 CIC). Hat er eine wenigstens wahrscheinliche Kenntnis (*notitiam saltem verisimilem*) über eine Straftat erhalten, muss er das Verfahren der Kongregation zur Entscheidung vorlegen. In der Sprache des Kirchenrechts bedeutet dies, dass die Straftaten in die Zuständigkeit der Glaubenskongregation in Rom übergehen und den Ordinarien entzogen sind. Unklar war 2001 allerdings, ob diese Vorschrift sich auch auf Straftaten bezog, die bereits verjährt waren. In der Praxis bedeutete dies, dass alle strafrechtlich relevanten Handlungen, die vor oder bis 1996 stattgefunden hatten, wegen der bis dahin geltenden Fünf-Jahres-Frist (spätestens) ab 2001 als verjährt eingestuft werden konnten bzw. mussten. Ob ein Ordinarius es dann für angebracht hielt, eine Derogation von der Verjährung zu beantragen, blieb vermutlich seine Entscheidung. Somit konnte es vorkommen, dass ein Ordinarius auch von Kirchenrechtlern dahingehend beraten wurde, es sei eben nicht zwingend dies zu beantragen und deswegen auch nicht erforderlich die Causa der Glaubenskongregation vorzulegen.¹⁸

Eine weitere Maßnahme bestand darin, dass die Ortskirchen bzw. die Bischofskonferenzen aufgefordert wurden, Leitlinien zu entwickeln, welche regelten, wie auf Beschuldigungen von sexuellem Missbrauch reagiert werden sollte.

III.3 Gesetzesänderungen 2010–2016

Zwischen den Veröffentlichungen der Normen aus den Jahren 2001 und 2010 kam es vor allem in der englischsprachigen Welt zu folgenreichen Ereignissen. Der damalige Erzbischof von Boston musste 2002 wegen Missbrauchsveruschung zurücktreten. Im Jahr 2004 wurde der „John Jay Report“ über die Art

17 Zur Thematik der Verjährung siehe *Rafael Rieger*, Verjährung im kanonischen Recht. Studien zum Telos eines Rechtsinstituts. München 2021.

18 Es ist die Frage zu stellen, ob hier ein Rechtszweifel in Bezug auf das Gesetz bestanden hat, der dazu führen könnte, dass das Gesetz nicht verpflichtete (c. 14 CIC). Das würde Folgen haben für die Frage, ob Diözesanbischöfe in Fällen, die sie wegen der eingetretenen Verjährung nicht der Glaubenskongregation gemeldet haben, überhaupt z.B. wegen eines fahrlässigen Handelns belangt werden können.

und den Umfang des Problems des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen durch katholische Priester und Diakone in den USA veröffentlicht. 2009 folgte ein von einer staatlichen Behörde erstellter Bericht in Irland. Durch die Untersuchungen über sexuellen Missbrauch an einer Jesuitenschule in Berlin in 2010 wurde ein Tsunami von Meldungen in Deutschland, den Niederlanden und Belgien losgetreten. In Belgien musste ein Bischof wegen Missbrauchs an einem Neffen zurücktreten.

Im Sommer 2010 reagierte der Heilige Stuhl mit einer Änderung der bestehenden Normen. Wiederum betreffen sie einerseits das Delikt selbst, und zwar in zwei Punkten, und andererseits abermals die Verjährung.¹⁹ Bei der Straftat wurde das Schutzalter von 18 Jahren beibehalten und „bezüglich dieser Straftat wird dem Minderjährigen eine Person gleichgestellt, deren Vernunftgebrauch habituell eingeschränkt ist.“ Hintergrund dieser Erweiterung ist eine Causa, in der ein Kleriker Menschen in einem Pflegeheim, die älter als 18 Jahre alt waren, sexuell missbraucht hatte und nach dem CIC nicht strafrechtlich verfolgt werden konnte.

Eine zweite Erweiterung betraf pornographische Bilder. „Der Erwerb, die Aufbewahrung oder die Verbreitung pornographischer Bilder von Minderjährigen unter vierzehn Jahren in jedweder Form und mit jedwedem Mittel durch einen Kleriker in übler Absicht“ sollte nun unter den Straftatbestand fallen. Von Anfang an war für viele unklar, warum die Altersgrenze auf vierzehn Jahre festgelegt wurde. Man fragte sich z.B., ob es mit dem Mindestalter von Mädchen für die Eheschließung zusammenhing, welches auf vierzehn Jahre festgelegt ist. Dies machte insofern keinen Sinn, als das Alter für Jungen auf sechzehn festgelegt war (vgl. c. 1083 CIC). Anekdotisch wird berichtet, dass es dazu kam, weil umgangssprachlich von *Kinderpornographie* die Rede gewesen sei und dies in der Regel Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres impliziert. Dass staatliche Gesetze auch „Jugendpornographie“ (d.h. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres) unter Strafe stellen, dies aber anders als *Kinderpornographie* bewerten, war nicht wahrgenommen worden.

Konfrontiert mit der Problematik in konkreten Strafverfahren wurde darauf hingewiesen, dass der Erwerb, die Aufbewahrung und Verbreitung von pornographischem Material von Personen zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr auch ein Vergehen sei, dies aber nicht ein reserviertes Delikt sei, das der Glaubenskongregation vorbehalten ist.

In der Praxis stellte diese Regelung allerdings ein Problem dar: Da die Kirche im Bereich der Pornographie aus technischen Gründen kaum selbst ermitteln

19 Vgl. Substantielle Normen, einzusehen unter http://www.vatican.va/resources/resources_norme_ge.html, zuletzt aufgerufen am 18.4.2021.

kann und staatliche Gesetze in der Regel Kinder- und Jugendpornographie bis zu einer Altersgrenze von 18 Jahren umfassen, das Kirchenrecht jedoch nur bis zu einem Alter von 14 Jahren, ist es bis heute problematisch, die Ergebnisse der staatlichen Untersuchungen und der staatlichen Urteile im kirchlichen Bereich zu berücksichtigen und zu bewerten.²⁰

Die Verjährungsfrist wurde 2010 auf 20 Jahre ab Vollendung des 18. Lebensjahres angehoben, während die Möglichkeit, von der Verjährung zu derogieren, weiterhin bestehen blieb. In der Praxis bedeutet diese Regelung, dass das im Alter von elf Jahren missbrauchte Kind nun bis zur Vollendung seines 38. Lebensjahres eine Klage vorbringen kann.

Weiterhin wurden die Bischofskonferenzen aufgefordert, Leitlinien mit Blick auf Prävention und Interventionsmaßnahmen bei Bekanntwerden von Meldungen zu erstellen und zu erlassen.²¹

In Australien wurde 2013 eine parlamentarische Untersuchungskommission im Bereich Kindesmissbrauch eingesetzt und in Schottland musste ein Kardinal wegen des Missbrauchs von Seminaristen auf sein Amt und auf die Rechte und Privilegien des Kardinalates verzichten. Im Jahr 2014 wurde von Papst Franziskus die „Päpstlichen Kommission zum Schutz Minderjähriger“ errichtet, welche das Ziel hat, den Papst zu beraten. Im gleichen Jahr wurde der in der Dominikanischen Republik akkreditierte polnische Nuntius beschuldigt,

20 Ein Beispiel: Nachdem ein Fotolabor 2010 verdächtige Bilder der Polizei gemeldet hatte, wurden während einer Hausdurchsuchung bei einem Priester mindestens 250 pornographische Bilder von Minderjährigen gefunden. Die Staatsanwaltschaft erhob zunächst Klage wegen Besitzes von kinderpornographischen Bildern, d.h. von Personen, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Unklar war, ob die abgebildeten Personen tatsächlich unter oder doch über 14 Jahre alt waren. Allerdings waren sie eindeutig jünger als 18 Jahre. Da im Rahmen der Ermittlungen die Personen auf den Bildern nicht namentlich identifiziert werden konnten, konnte die Altersfrage nicht mit Sicherheit geklärt werden. Die Anklage wurde geändert und der Priester rechtskräftig wegen Besitzes jugendpornographischer Schriften zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung verurteilt. Der Priester legte innerkirchlich ein Geständnis ab, sich zu Jungen zwischen der Pubertät bis zum Alter von 16 Jahren hingezogen zu fühlen. Er hatte außerdem in den gleichen Alben viele Bilder von drei Jungen aus seiner Pfarrei, die noch keine 14 Jahre alt waren, diese Bilder konnten laut dem staatlichen Gericht jedoch nicht eindeutig als pornographisch eingestuft werden. Dies alles bedeutete im Jahre 2013, dass, weil nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnte, ob die Personen in den pornographischen Bildern das 14. Lebensjahr wirklich noch nicht vollendet hatten, die Straftat damals nicht der Glaubenskongregation vorbehalten war und er wurde deswegen mit Blick auf das reservierte Delikt freigesprochen.

21 Vgl. die Leitlinien und Materialien der Deutschen Bischofskonferenz, einzusehen unter <https://www.dbk.de/themen/sexueller-missbrauch>, zuletzt aufgerufen am 7.3.2021.

Minderjährige sexuell missbraucht zu haben und kinderpornographisches Material zu besitzen. Es folgte seine Entlassung aus dem Klerikerstand.

Im Februar 2015 wurde ein weiterer Schritt im Prozess des Umgangs und der Aufarbeitung unternommen. Papst Franziskus betonte, dass es nicht ausreicht, Leitlinien zu haben, sondern es gelte dafür zu sorgen, dass auch regelmäßig geprüft wird, ob und wie sie angewendet werden. In gewisser Weise geht es um das Thema „Rechenschaftspflicht“. Dass Papst Franziskus sich dazu äußerte, deutet darauf hin, dass die eigenen Regeln weiterhin nicht oder unzureichend von den Bischöfen und Ordensoberen angewandt wurden. Der Papst unterstrich 2016 seine Haltung, als er mittels des *Motu proprio* „Come una madre amorevole“ („Wie eine liebende Mutter“) eine Amtsenthebung von Diözesanbischöfen und höheren Oberen regelte, wenn diese „durch Fahrlässigkeit oder durch Unterlassung Handlungen ermöglicht [haben], die anderen, entweder physischen Personen oder der gesamten Gemeinschaft, schweren Schaden zugefügt haben.“²² Dieser Schaden kann physisch, moralisch, spirituell oder finanziell sein (vgl. Art. 1 §1). „Im Falle des Missbrauchs von Minderjährigen und schutzbedürftigen Erwachsenen reicht es aus, dass der Mangel an Sorgfalt schwerwiegend ist“ (Art. 1 §3).

III.4 Gesetzesänderungen 2017–2020

Im Jahr 2018 wurden Vorwürfe laut, dass mehrere Bischöfe in Chile Beschuldigte weiterhin versetzt hatten und es zu Vertuschungen gekommen war. Nachdem Papst Franziskus alle chilenischen Bischöfe nach Rom zitiert hatte, boten 29 der 31 Bischöfe ihren Rücktritt an. Bei mindestens zehn wurde dieser durch Papst Franziskus angenommen. Ebenfalls wurden im Sommer 2018 der „Grand Jury Report“ in Pennsylvania (USA) und die MHG-Studie in Deutschland veröffentlicht. Es wurde bekannt, dass der emeritierte Kardinal von Washington, D.C., Theodore McCarrick, Seminaristen und Minderjährige sexuell missbraucht hatte. Im Februar 2019 wurde er aus dem Klerikerstand entlassen. Später (2020) wurde dokumentiert, dass er, obwohl Verantwortliche bis in die Römische Kurie hinein die Beschuldigungen kannten, als Bischof nach Washington, D.C. versetzt und zum Kardinal erhoben worden war.

Im Jahr 2019 wurde von Papst Franziskus ein Sondergipfeltreffen mit den Vorsitzenden der Bischofskonferenzen und den Vorstehern der orientalischen

22 Vor dem Hintergrund, dass das Dokument Fehlverhalten von Diözesanbischöfen und höhere Oberen sanktioniert, ist es bemerkenswert, dass es von der Deutschen Bischofskonferenz nicht in deutscher Sprache veröffentlicht wurde (Stand 31.1.2021). Das Dokument selbst nennt nicht die anderen Ordinarien, wie z.B. General- und Bischofsvikar und auch nicht z.B. Weihbischöfe.

Kirchen sowie den Ordensoberen im Vatikan einberufen. Beim dreitägigen Treffen standen drei Themen im Zentrum: Verantwortung, Rechenschaftspflicht und Transparenz. Kurz darauf veröffentlichte der Papst das Apostolische Schreiben „Vos Estis Lux Mundi“ („Ihr seid das Licht der Welt“), in dem z.B. die Straftat erneut definiert wird, eine Meldepflicht eingeführt und Zuständigkeitsbereiche abgegrenzt werden. Es wird ebenfalls geregelt, wie im Falle von Unterlassungen vorzugehen ist, dass Anzeigende und Opfer geschützt werden müssen, und wie Ermittlungen gegen Bischöfe zu erfolgen haben. Das Dokument legt in Art. 1 fest:

§ 1: a) Straftaten gegen das sechste Gebot des Dekalogs, nämlich:

- I. unter Gewalt oder Drohung oder durch Amtsmissbrauch erfolgter Zwang, sexuelle Handlungen zu vollziehen oder zu erleiden;
- II. der Vollzug sexueller Handlungen mit einer minderjährigen oder mit einer schutzbedürftigen Person;
- III. die Herstellung, die Darbietung, der Besitz oder die Verbreitung von kinderpornographischem Material auch auf telematischem Weg sowie die Anwerbung oder Verleitung einer minderjährigen oder schutzbedürftigen Person, an pornographischen Darbietungen teilzunehmen.

b) die Verhaltensweisen, die von den in Artikel 6 genannten Personen verwirklicht werden und in Handlungen oder Unterlassungen bestehen, die darauf gerichtet sind, die zivilen Untersuchungen oder kirchenrechtlichen Untersuchungen verwaltungsmäßiger oder strafrechtlicher Natur gegenüber einem Kleriker oder einer Ordensperson bezüglich der unter dem Buchstaben a) dieses Paragraphen genannten Vergehen zu beeinflussen oder zu umgehen.

§ 2. Bezüglich der vorliegenden Normen versteht man unter:

- a) „*minderjährig*“: jede Person, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder ihr vom Gesetz gleichgestellt wird;
- b) „*schutzbedürftige Person*“ [vulnerable Person]: jede Person im Zustand von Krankheit, von physischer oder psychischer Beeinträchtigung oder von Freiheitsentzug, wodurch faktisch, auch gelegentlich, ihre Fähigkeit zu verstehen und zu wollen eingeschränkt ist, zumindest aber die Fähigkeit, der Schädigung Widerstand zu leisten.
- c) „*kinderpornographisches Material*“: jede Darstellung einer minderjährigen Person, die unabhängig vom verwendeten Mittel in explizite sexuelle Handlungen, seien sie real oder simuliert, verwickelt ist, oder jede Darstellung der Geschlechtsorgane von Minderjährigen zu vorwiegend sexuellen Zwecken.

Zu diesen Normen ist Folgendes anzumerken: Während bisher nur Personen in den Blick genommen wurden, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder deren Vernunftgebrauch habituell eingeschränkt ist, impliziert der Straftatbestand nun ebenfalls Erwachsene, die unter Androhung von Gewalt oder durch Amtsmissbrauch erfolgten Zwang eine sexuelle Handlung durchführen oder erleiden müssen. Das Delikt wird um den Begriff „schutzbedürftige Person“ [auf Englisch: „vulnerable person“] erweitert. Gemeint ist

damit eine Person über 18 Jahren, die gem. § 2 b nicht frei ist, einer sexuellen Handlung zuzustimmen oder sie abzulehnen.²³ Der Begriff „vulnerable Person“ ist rechtlich noch nicht festgelegt.²⁴ Es wird entscheidend sein, wie der Begriff in der Jurisprudenz interpretiert und entwickelt werden wird. Im Bereich der Kinderpornographie wird das Schutzalter von vierzehn auf achtzehn Jahre angehoben, allerdings bleibt diese vorerst nur bis zum Alter von vierzehn Jahren der Glaubenskongregation vorbehalten.

Ebenfalls wurde bestimmt, dass nicht nur reale, sondern auch simulierte Pornographie sowie jede Darstellung der Geschlechtsorgane von Minderjährigen zu hauptsächlich sexuellen Zwecken zum Deliktbereich gehören. Es gelten zudem neue Vorschriften für den Umgang mit Missbrauchsvorwürfen in Bezug auf Bischöfe und Obere, die selbst die oben genannten Delikte begangen haben: Die Bistümer müssen Anlaufstellen für diese Meldungen regeln.

Im Frühjahr 2019 erschien in Polen die Dokumentation über Missbrauch durch polnische Geistliche „Sag es niemandem“, welche mehr als 18 Millionen Mal auf YouTube angeklickt wurde. Der Papst entsandte den Erzbischof von Malta und Untersekretär der Glaubenskongregation Charles Scicluna, um den Vorwürfen nachzugehen.

Im Dezember 2019 wurde eine Änderung zur Bedeutung des sogenannten Päpstlichen Geheimnisses vorgenommen. Dadurch wurde bestätigt, dass Personen, die eine Meldung vornehmen, keine Schweigepflicht auferlegt werden kann und dass das Amtsgeheimnis der Erfüllung der allerorts von den staatlichen Gesetzen festgelegten Pflichten nicht im Wege steht, d.h. dass den Mitteilungspflichten und Ausführungen von Verfügungen seitens der zivilen gerichtlichen Behörden nachzukommen sei.²⁵

Im Juli 2020 übernahm der Erzbischof von Lyon die Verantwortung für sein Fehlverhalten, Meldungen nicht ausreichend nachgegangen zu sein bzw. diese vertuscht zu haben. Sein Rücktrittsgesuch wurde vom Papst auch vor dem Hintergrund der Bestimmungen in „Vos Estis Lux Mundi“ angenommen. Im

23 Die Straftat ist nicht komplett neu: c. 1395 § 2 CIC verweist auf Handlungen gegen das sechste Gebot, die mit Gewalt, Drohung oder öffentlich vollzogen werden.

24 Der Begriff „vulnerable Person“ erschien zuerst im „Law No. CCXCVII On The Protection Of Minors And Vulnerable Persons“ für das Vikariat der Vatikanstadt vom 26.3.2019, einzusehen unter https://www.vatican.va/resources/resources_protezioneminorilegge297_20190326_en.html, zuletzt aufgerufen am 18.4.2021.

25 Vgl. Instruktion: Über die Vertraulichkeit der Fälle, einzusehen unter <https://press.vatican.va/content/salastampa/it/bollettino/pubblico/2019/12/17/1011/02062.html#tedesca>, zuletzt aufgerufen am 31.1.2021. Vgl. dazu Matteo Visioli, *Confidenzialità e segreto pontificio*, in: *Periodica* 109(3/4), 2020, 447–491 bzw. in englischer Übersetzung: *Confidentiality and the Pontifical Secret*, einzusehen unter <https://www.iuscongreg.it/seminario-tutela-minori>, zuletzt aufgerufen am 14.3.2021.

selben Monat veröffentlichte die Glaubenskongregation dann ein Handbuch („Vademecum“) zum Umgang mit sexuellem Missbrauch durch Kleriker. Es lässt erkennen, mit welchen Problemen und Fragestellungen die Glaubenskongregation vermutlich in den ihr vorgelegten Causae konfrontiert wurde. Relevante Bestimmungen sind z.B., dass auch Beschuldigungen nachzugehen sind, die anonym vorgebracht werden oder die den Namen des Beschuldigten nicht enthalten, dass das Urteil über Handlungen bezüglich Pornographie, die Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren betreffen, der Glaubenskongregation vorbehalten ist, dass die Beschuldigungen, die Vergehen gegenüber schutzbedürftigen Personen betreffen, nicht der Glaubenskongregation vorbehalten sind, sondern der Ordinarius selbst bzw. andere Dikasterien für sie zuständig sind. Das „Vademecum“ legt Schritt für Schritt dar, wie vorzugehen ist.

IV. Aussicht

Die vorliegende Studie zeigt, dass das Recht der Kirche im Bereich des sexuellen Missbrauchs dynamisch ist und in der Regel auf neue Erkenntnisse reagiert. Wer damit beauftragt ist, dem nachzugehen, wie Kirchenleitungen auf Beschuldigungen in früheren Zeiten reagiert haben, wird sich mit den verschiedenen Normen bezüglich der Delikte und den Handlungsvorschriften für die Kirchenleitungen, die zum Zeitpunkt der Tat bzw. zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens galten, vertraut machen müssen. Dazu gehört auch, die Rechtsprinzipien für die Interpretation und Anwendung des Rechts zu beachten. Eine Evaluation ohne Beteiligung von Spezialisten im kirchlichen Strafrecht scheint wegen der Komplexität der Materie, um es vorsichtig auszudrücken, zumindest gewagt.

Den Normen ist zu entnehmen, dass zunehmend der Opferschutz in den Vordergrund tritt. Dennoch wird der Missbrauch selbst weiterhin in Verbindung mit dem Zölibatsversprechen gedacht und nicht von der Würde des Menschen her. Würde die Problematik aus der Perspektive der Würde des Menschen betrachtet werden, würde sich die Beteiligung von Opfern in Prozessen vermutlich auch anders gestalten lassen, denn diese ist derzeit äußerst rudimentär gegeben. Ebenfalls würde das Recht der Prozessbeteiligten und der Gemeinschaft als solche für sie relevante Information zu erhalten neu bedacht werden können und müssen.²⁶ Nachdem die Begriffe

²⁶ Vgl. dazu vor allem die Studien von *John P. Beal*, Accountability and Transparency according to Canon and International Law: A Human Rights Perspective, in: *Periodica* 109(3/4), 2020, 505–526; *Damián G. Astigueta*, La trasparenza e il diritto di difesa, in: ebd., 527–548;

„schutzbedürftige Person“ sowie „Macht- und Amtsmissbrauch“ in die Normen eingeführt wurden, gilt es ebenfalls dringend zu klären, was damit gemeint sein könnte.

Normen, die die Verantwortung von Kirchenleitungen betreffen, müssen implementiert und evaluiert werden. Während die Kirche in Deutschland notgedrungen angefangen hat, sich mit dem sexuellen Missbrauch auseinanderzusetzen und hierbei durchaus Fortschritte macht, steht sie dennoch noch sehr am Anfang, wenn es darum geht, der Frage nachzugehen, auf welche Weise eine Person in einer Leitungsposition ihre Verantwortung ausgeübt hat. Das Zögern, dieses Thema anzugehen, hängt vermutlich damit zusammen, dass es schwer fällt, das Bild von Bischöfen, die man „gern gehabt“ hat, die aber im Umgang mit Personen, die des sexuellen Missbrauchs beschuldigt wurden, gravierende Fehler gemacht und/oder grob fahrlässig gehandelt haben, zu korrigieren. Es könnte für einige eine Welt zusammenbrechen. Der Kinderschutz aber verdient es, bei alledem dennoch an erster Stelle zu stehen.

Charles Scicluna, The Rights of Victims in Canonical Penal Processes, in: ebd., 493–503. Diese Aufsätze sind in italienischer bzw. englischer Übersetzung einzusehen unter <https://www.iuscangreg.it/seminario-tutela-minori>, zuletzt aufgerufen am 18.4.2021.